

# Dresdner Nachrichten

Begründet 1856

Druckort: Dresden.  
Gemeinnutznummer 25 241  
Verl. Nr. 240/1921: 20011.

Bezugs-Gebühr in Dresden und Vororten bei halbjährlicher Aufrechnung, durch die Post bei halbjährlichem Versand monatlich 6,50 M., vierteljährlich 19,50 M.  
Die Inserate 37 und 38. Seite 2 M. Halbjährlich 10 M., vierteljährlich 3 M.  
Anzeigen-Preise. Die Anzeigen 37 und 38. Seite 2 M. Halbjährlich 10 M., vierteljährlich 3 M.  
Zahl. Einmalige Beiträge gegen Voranbezahlung. Einzelnummer 30 Pf.

Schriftleitung und Anzeigengeschäft:  
Merkelstraße 38/40.  
Druck v. Verlag von Neipach & Reichardt in Dresden.  
Postfach-Nr. 1068 Dresden.

Abdruck nur mit besond. Genehmigung („Dresdner Nachr.“) zulässig. — Inverlangte Schriftstücke werden nicht aufbewahrt.

**Café Hülfert**  
Konditorei  
Prager Straße, Ecke Sidonienstraße.

**KIOS**  
CIGARETTEN

**Brautausstattungen**  
Einzelmöbel in allen Preislagen  
27 Kamener J. A. BRUNO Kamener 27  
Straße KÖNIG Straße  
Straßenbahn, 6. Telefon 22667

## Die französische Kammer zur Ausfuhrabgabe

Annahme in zweiter Lesung.

Paris, 14. April. In der heutigen Vormittags-Sitzung der Kammer wurde der Gesetzentwurf über die Abgabe vom Verkaufswerte der nach Frankreich eingeführten deutschen Waren in zweiter Lesung mit 383 gegen 70 Stimmen angenommen. Im Laufe der Debatte erfuhr der ehemalige Finanzminister Binoe, den Zeitpunkt des Inkrafttretens des Gesetzes auf den 1. Mai hinauszuverschieben. Die Interessen der verschiedenen alliierten Länder und Neutralen seien sehr unterschiedlich. Es könne nicht davon die Rede sein, allen mündigen Deutschen eine Sondersteuer auf von Deutschland importierte Waren aufzuerlegen. Die Vereinigten Staaten und Südamerika würden Einwendungen erheben und selbst Italien läge es nicht besonders eilig zu haben, ein ähnliches Gesetz wie das vorliegende anzunehmen. Tatsächlich mache man jetzt nicht zum Vergleich mit Deutschland Geschäfte. Man laufe von ihm Kosten und ähnliche Produkte aus Notwendigkeit. Unter welchen Bedingungen würden die französischen Industriellen arbeiten, wenn die italienischen Industriellen nicht die gleiche Steuer bezahlen würden? Er schlage den 1. Mai als Zeitpunkt für das Inkrafttreten vor, weil an diesem Tage sich Ereignisse vollziehen müßten, die Aufklärung über die Zukunft geben. Auf Erfinden des Finanzministers zurückzuführen. Ein Antrag Preyer, das Gesetz nur anzuwenden, wenn alle Alliierten, die auf der Londoner Konferenz vertreten waren, es annehmen, wurde nach einer zweifelhafte Abstimmung in erster Lesung zurückgezogen. (W. Z. B.)

### Kein englisch-französisches Abkommen über neue Gewalttaten.

London, 14. April. (Reuters.) Lord George teilte im Unterhaus mit, daß kein Abkommen mit Frankreich über Sanktionen getroffen worden sei für den Fall, daß Deutschland bis zum 1. Mai d. J. seine Verbindlichkeiten nicht erfüllen sollte. (W. Z. B.)

### Der Warenverkehr mit dem besetzten Gebiete.

Berlin, 14. April. Der Außenhandels-Kontrollausschuß des Reichswirtschaftsrates beschloß heute mit einer Bekanntmachung über den Warenverkehr zwischen dem besetzten und dem unbesetzten Gebiete, die ihm vom Reichskommissar für die Ein- und Ausfuhr zur Genehmigung vorgelegt wurde. Auf Grund der Grundrechtsverordnung vom 26. März 1921 wird dadurch eine Zulassungsbewilligung bzw. Ablassbewilligung einmündlich für die Waren einzuholen ist, die von dem besetzten Gebiete nach dem unbesetzten zu- oder in entgegengekehrter

Richtung abgeführt werden sollen. Der Ausschuß war der Ansicht, daß das Wichtigste der Verordnung die Warenliste sei, und gab dem Wünsche Ausdruck, bei deren Aufstellung gehört zu werden. Der Reichskommissar sagte zu. Danach stimmte der Ausschuß der Verordnung zu. (W. Z. B.)

### Ein unerhörter französischer Übergriff.

Duisburg, 14. April. Heute nachmittags verbotete die französische Verwaltungsbehörde den ersten Belgisch-französischen Regierungsrat Dr. Walwea und den Postamt-Inspektor Klein ohne Angabe von Gründen. Die Verfügungen wurden in das Verwaltungsverfahren abgeführt. (w. Z.)

### Amerika und der Versailles Vertrag.

Paris, 14. April. Dem „Matin“ zufolge wird die amerikanische Regierung die Bestimmungen des Versailles Vertrages aufrecht erhalten, die mit den amerikanischen Wünschen übereinstimmen, aber alle die Teile ausmerzen, die ihrer Politik nicht passen, besonders die Bestimmungen über Schauluna, alle Bestimmungen über Grenzfestlegungen in Mitteleuropa, sowie über Danzig und das Saargebiet, weil diese das Inkrafttreten des Völkerbundes zur Voraussetzung haben. Den Amerika unter keinen Umständen anerkennen wollen. Wahrscheinlich werde der Teil des Vertrages beibehalten werden, der sich auf die Wiederherstellung bezieht. (W. Z. B.)

### Ein amtliches Dementi.

Berlin, 14. April. Die „Germania“ hat eine Mitteilung über den Inhalt der Ministerberatungen vom 12. und 13. d. M. gebracht, die den Tatsachen nicht entspricht. Die Ministerberatungen waren streng geheim, und es sind keinerlei Informationen darüber erstellt worden. Die Nachricht der „Germania“ beruht daher auf Kombination. (w. Z.) Die „Germania“ hatte berichtet, daß vom Kabinett ein Vermittlungsversuch einer neutralen Macht bei Harding für ein Eingreifen zur Anbahnung neuer Reparationsverhandlungen nicht zurückgewiesen werden würde. Es handelte sich darum, daß die Reichsregierung Harding neue Forderungen unterbreiten würde, bei denen auch die Frage eines Schiedsgerichtes eine Rolle spielen würde.

### Einberufung des Auswärtigen Ausschusses.

Berlin, 14. April. Die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ hört, in der Auswärtige Ausschuß des Reichstages auf Dienstag nachmittags einberufen worden. Nach einer weiteren Meldung desselben Blattes hat der Ministerialdirektor im Auswärtigen Amt v. Simson heute einen längeren Urlaub angetreten. (W. Z. B.)

### Belgiens Ueberschwemmung mit deutscher Steinkohle.

Brüssel, 14. April. Ein Teil der Presse klagt über ungebührliche Mengen deutscher Steinkohle, die nach Belgien kommen. Man weiß nicht, was man mit den Steinkohlen anfangen soll. In allen Häfen liegen große Rheinschiffe mit unverkaufter Kohle.

## Die Verschärfung des englischen Streiks.

London, 14. April. (Reuters.) Das Land ist nunmehr völlig darauf vorbereitet, den Streik der Eisenbahner und Transportarbeiter morgen abend ausbrechen zu sehen. Ausdrücklich besteht keine Hoffnung, daß ein Uebereinkommen erzielt wird, da die Haltung der Bergarbeiter und Grubenbesitzer unverändert ist. Eine heute stattgefundene Besprechung zwischen den Vertretern der Eisenbahner und der Transportarbeiter und Mitgliedern der Regierung, bei der die letzteren eine formelle Antwort auf einen Brief Lord Georges gaben, zeigte, daß ihre Stellung in der Frage des nationalen Lohnes die gleiche wie die der Bergarbeiter ist, und daß sie für das gleiche Prinzip kämpfen. Die Besprechung führte zu keinem Ergebnis. Der Andrang von Freiwilligen dauert an. Im ganzen Lande herrscht vollständige Ruhe. (?) (W. Z. B.)

## Berbandsdrohungen gegen Oesterreich.

Wien, 14. April. (Korr. Bur.) Der französische Gesandte Lescaze Foucaud gab heute beim Bundeskanzler Dr. Mayr im Auftrage seiner Regierung folgende Erklärung ab: Falls die österreichische Regierung nicht imstande sein sollte, die gegenwärtig auf den Anstich an das Deutsche Reich hinstehenden Umtriebe in wirkungsvoller Weise zu machen, so wird die französische Regierung die Disposition für Oesterreich einnehmen und die Reparationskommission wird in ihrer Betätigung vollständig wiederhergestellt werden.

## Die österreichische Regierungskrise.

Wien, 14. April. Wie in parlamentarischen Kreisen behauptet wird, ist mit der Möglichkeit einer akuten Regierungskrise zu rechnen, falls in der morgigen Plenar-Sitzung der Gesetzentwurf betr. die Landesbeswerfungen, das sogenannte Gabsburger-Gesetz, angenommen wird. Die Christlichsozialen hätten keinen Zweifel darüber gelassen, daß es sich bei ihnen mit der Ablehnung des Gesetzes um eine prinzipielle Sache handle, und daß sich eine christlichsozialistische Regierung niemals dazu hergeben wird, das Gesetz zu unterzeichnen. (W. Z. B.)

## Frankreichs Antwort zur Yap-Frage.

Paris, 14. April. „Le Temps“ veröffentlicht den Text der französischen Note an die amerikanische Regierung in Bezug auf das Mandat über die Insel Yap. Es heißt darin, daß die Antwort auf die Note erst erfolgen könne, nachdem die Regierungen der vier beteiligten Mächte sich bei der nächsten Zusammenkunft des Obersten Rates der Alliierten verständigt hätten. Die französische Regierung wolle indes schon jetzt erklären, daß, wenn diese Frage vor den Obersten Rat gelangt, die Vertreter Frankreichs in ihrer Prüfung mit dem lebhaftesten Wunsch eintreten würden, eine Lösung zu finden, die den Vereinigten Staaten in vollem Umfange gerecht wird. Die französische Regierung habe bereits alles getan, was in ihrer Macht stünde, um die amerikanische Regierung in dieser Angelegenheit zu unterstützen. (W. Z. B.)

## Einladung an Amerika nach Porto Riko.

Paris, 14. April. Die „Chicago Tribune“ meldet, es werde halbamtlich angekündigt, daß die verbündeten Regierungen die Vereinigten Staaten zur Teilnahme an der Konferenz in Porto Riko einzuladen beabsichtigen. (w. Z.)

## Ein mißglückter türkischer Angriff?

Athen, 14. April. Die „Agence d'Athènes“ meldet: Laut Drahtnachricht aus Smyrna haben gestern türkische Truppen in Stärke von annähernd 20000 Mann, unterstützt durch zahlreiche Kanoniere und mächtige Artillerie, die griechischen Truppen auf der Front Aslan-Karabissar und insbesondere auf dem Abschnitt von Zolobunar angegriffen. Dieser Angriff, der von Kemal persönlich geleitet wurde und die Trennung des griechischen Operationskorps bei Karabissar von seiner Verpflegungsbasis zum Ziele hatte, scheiterte völlig an den kräftigen Gegenangriffen der Griechen und an deren bestem Artilleriefeuer, das Verheerungen in den türkischen Linien anrichtete und sie zwang, sich zurückzuziehen. Hierbei fielen sie 6000 Gefangene, darunter 15 Offiziere, sowie fünf Kanonen und zwölf Maschinengewehre in den Händen der Griechen.

Athen, 14. April. (Dava.) Hier ist das Gerücht verbreitet, daß das griechische Meer alsbald zu einem neuen irakalischen Rückzuge schreiten werde. (W. Z. B.)

## Hardings Volkshaft.

Die Erklärung Harding bei der Uebernahme der Präsidentschaft am 4. März dieses Jahres, die zum Verdruß der europäischen Großmächte der Öffentlichkeit sich im weitestlichen nur auf die Angabe ganz allgemeiner Richtlinien für die künftige Politik der nordamerikanischen Republik beschränkte, enthielt einen Gedanken, der für das Verständnis der Sonderstellung der Vereinigten Staaten zu den großen politischen Problemen der Gegenwart, insbesondere für die Beurteilung ihres Verhältnisses zu Europa, von Wichtigkeit ist. „Wir sind dazu gelangt“, so führte der neue Präsident aus, „den Weg, den wir in der Welt einnehmen, und die neue Form, die unser Land in der Welt annimmt, besser zu erkennen“, und weiter: „Wir haben nicht die Absicht, uns in das Wirrwirr der Alten Welt hineinzulassen“. Der Weis James Monroe, des Präsidenten der Union vor 100 Jahren, scheint lebendig geworden zu sein, wenigstens so weit es auf den Willen zur Verfolgung rein amerikanischer Interessen und auf die Ueberzeugung von einer besonderen Mission des amerikanischen Volkes in der Geschichte ankommt. Wie wenig möglich es ist, beiden Aufgaben zugleich zu genügen, geht aus den Tagen des großherzoglichen Willens noch in aller Erinnerung. Die Durchführung der einen wird immer zum Nachteil der anderen vor sich gehen, solange die amerikanische Nation als Volk unter Völkern in ihren Lebensnotwendigkeiten mit den Bedingungen der übrigen Welt verknüpft ist. Inwiefern ist es zu bezweifeln, daß die neue Volkshaft Harding an den Kontrast, der am 11. April in Washington zusammengetreten ist, eine Abkehr von den verschwommenen und verlogenen Weltanschauungstheorien eines Wilson bedeutet und sich in kaum mißverständlicher Deutlichkeit realpolitischen Fragen zuwenden unter dem obersten Gesichtspunkt des amerikanischen Interesses. Die bessere Erkenntnis der neuen Stellung Amerikas in der Welt mag Harding besonders in den letzten Wochen dazu geführt haben, einzuweisen die Absicht des Vorkriegsamerikanismus in europäische Verhältnisse zurückzuführen Er muß, durch die historische Verknüpfung der Vereinigten Staaten mit dem Schicksal Europas gezwungen, sich erst einmal an der Gestaltung der europäischen Politik, die noch immer die Grundlage der Weltpolitik ausmacht, beteiligen, wenn er jemals daran denken will, die Rechte des amerikanischen Volkes zu wahren und mit ihrer Durchführung die besondere Mission Amerikas als führender Weltmacht, an die auch er glaubt, der Erfüllung näher zu bringen.

Wenn damit für den deutschen Standpunkt etwas Entscheidendes gewonnen sein sollte, so könnte es nur darin liegen, daß der Führer einer Nation, die seit Beendigung des Krieges dem französisch-englischen Verdringungsdrängen gegen das wehrlos gemachte Deutschland beinahe sämtlich völlig gegenüberstand, in tüchtler Wahrnehmung der eigenen Vorteile Veranlassung findet, sich mit deutschen Angelegenheiten zu befassen. Darüber hinaus aber haben wir erfahrungsgemäß alle Ursache, die Volkshaft Harding und das von ihm geplante Eingreifen in den Gang der europäischen Auseinandersetzungen nicht als einen Akt des Mitleids oder der Fremdscham gegenüber Deutschland anzusehen, sondern sie lediglich als einen Schritt zum Schutz der amerikanischen Rechte zu betrachten, als die Handlung eines mächtigen Staatsbürgers, der seine Verantwortung um jeden Preis einzutreten sich anschaut. Die Ausführung dieser Vorhaben gerade zum letzten Zeitpunkt hat ihre Begründung weniger in der Tatsache der Präsidentschaft eines neuen Mannes, als vielmehr in der wirtschaftlichen und politischen Lage der Vereinigten Staaten. Der Handel im Ausland und die Industrie der nordamerikanischen Republik leiden stark unter der allgemeinen Klumpen des Weltmarktes. Die Unfähigkeit und die Unmöglichkeit, länger auf dem Wege unermesslicher Kredite eine affine Bilanz zu erlangen, verleiht die amerikanische Geschäftswelt und den Staat in eine höchst ungewöhnliche Lage, die sie dazu zwingen, ihre Ausgaben nach Möglichkeit zu mobilisieren. Die im Ansehung mit den Vereinigten Staaten verbundenen gewaltigen europäischen Reparations schulden können allein 95 Milliarden Dollars, deren Gesamtzahl, etwa 1,2 Milliarden, auf England, an 2 Milliarden auf Frankreich entfallen. Obwohl die amerikanische Regierung, die diese Summen durch Ausgabe von Obligationen sich selbst erst verschafft hat, bei der Auszahlung an fernem Termine, wie 1928 und 1947, gebunden ist, hat sie doch bereits im August dieses Jahres die alliierten Verbündeten eines Schuldentilgung einreichen, daß diese Rückzahlungen, die sie selbst besser verwerten kann, in Gefahr sind. Dazu kommt, daß die Alliierten in Anbetracht der bevorstehenden Verluste seit Herbst 1919 die Auszahlung völlig eingestellt haben und daß die dafür nötig gewesene Summe in Höhe von 150 Millionen Dollars dem Kapital ausgelassen werden mußte. Es ist selbstverständlich, daß der Amerikaner diese bedrohlichen Erschütterungen nicht ohne weiteres hinnehmen, sondern sich verteidigen muß. Die Entscheidung der Entente über die Zahlungsmittel, die diese vornehmlich als eine Folge des selbstherrlichen deutschen Willens, zu reparieren, erklären, einer genaueren Prüfung zu unterziehen. Allein aus diesem Grunde ist die amerikanische Verwaltung mit den europäischen Wirtschaftsverhältnissen erfindlich und eine Einmischung Amerikas in den Gang der Dinge auf ungewissem